



Vertrauen in Polizei, Justiz und öffentliche Verwaltung

Aktuelle Verständnisse von staatlichen Institution in der Bundesrepublik

Autor:innen:

Aaron Bielejewski, Rowenia Bender & Frank Asbrock

Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e.V.

Bitte zitieren als:

Bielejewski, A., Bender, R., & Asbrock, F. (2022). Vertrauen in Polizei, Justiz und öffentliche Verwaltung. In D. Bolesta, J. L. Führer, R. Bender, A. Bielejewski, & F. Asbrock (Hrsg.), *Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen (PaWaKS): Erste Berichtsserie*. Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e.V. Online verfügbar unter: <https://www.zkfs.de/pawaks/> .

Veröffentlicht am 16.08.2022



Das Projekt wird finanziert durch Mittel auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.

Herausgeber:

Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e.V.

Karl-Liebknecht-Str. 29

09111 Chemnitz

E-Mail: info@zkfs.de

Tel.: +49 371 335638-31

<https://www.zkfs.de/>

Inhaltsverzeichnis

Das Wichtigste in Kürze	4
1 Einleitung	5
2 Methode	7
2.1 Vorgehensweise	7
2.2 Erhebungsinstrumente	8
2.3 Beschreibung der Stichprobe	8
3 Vertrauen in Justiz, Polizei und Verwaltung	9
3.1 Unterschiede in Vertrauen zwischen den Bundesländern	12
3.2 Unterschiede in Vertrauen nach Alter	13
3.3 Unterschiede in Vertrauen nach Einkommen	14
3.4 Bildungsunterschiede	16
3.5 Politische Orientierung	17
3.6 Unterscheide in Vertrauen nach Migrationshintergrund	18
3.7 Zusammenhänge von Vertrauen und ideologischen Einstellungen	19
3.8 Zusammenhänge mit Kriminalitätsfurcht	21
3.9 Zusammenhänge mit Medienkonsum	22
4 Fazit	23
Glossar	25
Literaturverzeichnis	27
Impressum	33

Das Wichtigste in Kürze

- Vertrauen sowohl in die Polizei als auch in die Justiz und in die Verwaltung ist bundesweit relativ hoch.
- Das größte Vertrauen in Polizei und in die Justiz findet man eher unter Personen mit höherer Bildung, Personen mit höherem Einkommen und Personen ohne Migrationshintergrund. Das geringste Vertrauen findet sich unter Befragten mit Präferenz für die Alternative für Deutschland (AfD).
- Das Vertrauen hängt mit verschiedenen ideologischen Variablen zusammen: Eine Tendenz zu Verschwörungsglauben geht mit einem niedrigen institutionellen Vertrauen einher, eine Neigung zur Systemrechtfertigung sowie autoritäre Einstellungen gehen mit einem hohen institutionellen Vertrauen einher.

1 Einleitung

Vertrauen in die Polizei, die Justizverwaltung und andere staatliche Institutionen ist ein nützlicher Maßstab für die Darstellung der Entwicklung des öffentlichen Diskurses über Kriminalität und Kriminalpolitik (Behr, 2020). Insbesondere die Polizei ist bei der Durchführung ihrer Arbeit auf das Vertrauen der Öffentlichkeit angewiesen. Studien zeigen, dass ein höheres Vertrauen die Zusammenarbeit verbessern und Konflikte zwischen Polizei und Bürger:innen verringern kann. Aktuelle Strategien der Polizeireform konzentrieren sich vermehrt auf die Stärkung des Vertrauens (Feldes, 2021; Weisburd et al., 2022). Vieles deutet auch darauf hin, dass die Wahrnehmung der polizeilichen Kompetenz und des Vertrauens weniger direkt durch polizeiliche Maßnahmen beeinflusst wird als durch die Reaktionen der Medien, einschließlich des Ausmaßes und der Form des Engagements der Polizeieinrichtungen in der Öffentlichkeitsarbeit und der Versöhnung nach Skandalen (Nägel & Nivette, 2022). In Fällen, in denen eine direkte Auswirkung polizeilichen Handelns festgestellt wurde, kann diese größtenteils durch umfassendere kontextuelle Faktoren wie individuelles politisches Engagement oder Entfremdung von der Gesellschaft abgeschwächt werden (Zmerli, 2022).

Sozialwissenschaftler:innen haben einen Trend zu einem konsistenteren und stabileren allgemeinen Vertrauen in die Polizei festgestellt – insbesondere in der Bundesrepublik (Reuband, 2012; Sato, Haverkamp & Mike, 2016), aber auch in den meisten westlichen postindustriellen Ländern (Bradford, 2011; Staubli, 2017). Die bisherige Forschung kann trotzdem noch nicht eindeutig bestimmen, ob dieses Vertrauen eher auf polizeilichen Praktiken oder eher auf Erwartungen, Überzeugungen und medial vermittelten Bildern von der Polizei beruht, die – wie die medienorientierte Polizeiforschung seit langem vermutet – sehr viel auffälliger und damit einflussreicher geworden sind und ihrerseits selbst direkte Erfahrungen mit der Polizei beeinflussen können (Dowler, 2002; Doyle, 2003; Miller & Davis, 2008).

Das Vertrauen in Institutionen der Justiz ist mit dem in die Polizei vergleichbar (Eurobarometer, 2021; Leitgöb-Guzy, 2021; Reuband, 2012), allerdings ist die Forschung hier wesentlich weniger umfangreich. Die spezifischen Faktoren, die zum Vertrauen in Justizinstitutionen beitragen, sowie die Zusammenhänge mit diesem Vertrauen bedürfen noch weiterer Analysen, insbesondere im Lichte des bedeutenden und immer noch wachsenden zentralen Fokus auf die Polizei als das ‚Gesicht‘ der Justiz innerhalb der Sozialwissenschaften in Deutschland.

Die jüngsten Daten des Standard-Eurobarometers für Deutschland (Eurobarometer, 2021) zeigen, dass das Vertrauen in die Polizei (82% „eher Vertrauen“), die Justiz und das Rechtssystem (70% „eher Vertrauen“) und die öffentliche Verwaltung (66% „eher

Vertrauen“) weiterhin hoch ist. Die Hintergründe für diese Werte sind jedoch unklar, vor allem, wenn man bedenkt, dass die durchschnittliche Zustimmung zwar hoch sein mag, aber oft dennoch berichtet wird, dass bestimmte Gruppen und Subkulturen besonders extreme Ansichten gegenüber staatlichen Institutionen und insbesondere der Polizei vertreten (Armaline, Vera Sanchez & Correia, 2014; Gau & Brunson, 2010).

Obwohl sie auf das Vertrauen der Öffentlichkeit angewiesen sind, gelten Polizeiorganisationen im Allgemeinen als eine der am wenigsten transparenten staatlichen Institutionen, ebenso wie die meisten am Justizsystem beteiligten Institutionen (Aden, Fähmann & Bosch, 2020; Innes, 1993). Dies wird sowohl mit bürokratischen Notwendigkeiten als auch mit der Tatsache in Verbindung gebracht, dass Narrative über Risiken und Sicherheit (sowie Bedenken hinsichtlich des Schutzes der Privatsphäre) Vorrang vor umfassenderen demokratischen Anliegen oder öffentlicher Kommunikation haben, was darauf hindeutet, dass Intransparenz häufig als Norm etabliert wird (Bergmann, 2019; Sparrow, 2016). Seit längerer Zeit gehören die Auswirkungen der Medien auf die Einstellung zur Strafrechtspolitik, zur Bestrafung und zur Kriminalität insgesamt zu den Kernthemen der Kriminologie (Barak, 2013; Reuband, 1998). In diesem Sinne lohnt es sich, nicht nur darüber nachzudenken, wie die Bevölkerung Institutionen wie Polizei und Strafvollzug sehen, sondern auch darüber, auf welche Weise diese Institutionen für die Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden.

Intransparenz wurde längst in der Kriminologie als Eigenschaft der Polizei zugeschrieben (Chanin & Espinosa, 2016). Es liegt vergleichsweise weniger der Fokus darauf, inwieweit die öffentliche Meinung tatsächliche Praktiken anderer staatlichen Institutionen widerspiegelt (Innes, 1993). Das öffentliche Vertrauen in andere Institutionen wurde im Allgemeinen separat betrachtet, wobei sich die Kriminologie als Fachgebiet speziell auf die Polizei und nur gelegentlich auf den Strafvollzug und das Justizsystem im weiteren Sinne konzentriert hat. Die jüngsten "Krisen der Demokratie" (Hartmann, 2020), von denen viele Länder einschließlich der Bundesrepublik betroffen waren und sind, erfordern jedoch eine Neubewertung der Art und Weise, wie Staat, Gesellschaft und die Herstellung von Ordnung unter dem Deckmantel der Polizeiarbeit etabliert werden (Behr, 2020; Derin & Singelstein, 2022). Die Gegenüberstellung der Wahrnehmung von Polizei – einer sowohl durch die Medien als auch durch ihr Mandat als öffentlichkeitsorientierte Organisation relativ sichtbaren Institution – und Justizinstitutionen, die ihrer Natur nach eher als "geschlossene Institutionen" agieren (Frank, 2014), kann auch aufzeigen, inwieweit die Sichtbarkeit und nicht etwa Annahmen oder politische Ansichten die öffentliche Wahrnehmung der Funktionsweise von Institutionen beeinflussen. Darüber hinaus kann sie auch Aufschluss darüber geben, wie das Konzept "Vertrauen" im sozialen Bereich umgesetzt wird: Hängt Vertrauen von persönlichen Erfahrungen und Maßstäben für Kompetenz oder moralische Rechtschaffenheit ab, oder steht es

sozialwissenschaftlichen Konzepten des Glaubens und der Überzeugung näher, die sich weniger auf empirische Daten als vielmehr auf die Reduzierung von Komplexität stützen (Luhmann, 2022), auch als Versuch, eine gewünschte Realität zu schaffen?

In diesem Sinne bietet das Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen (PaWaKS) die Möglichkeit zu untersuchen, wie sich das Vertrauen in die Institutionen Polizei, Justiz und öffentliche Verwaltung innerhalb bestimmter Untergruppen und anhand demografischer Merkmale unterscheidet. Darüber hinaus können Zusammenhänge zwischen Vertrauen in diese Institutionen und psychologischen Variablen aufgezeigt werden. Da das PaWaKS als Längsschnitt angelegt ist, in dem von 2022 bis 2024 Daten erhoben werden, können wir mithilfe zukünftiger Erhebungen die Entwicklung und mögliche Änderungen im Vertrauen in Polizei, Justiz und Verwaltung analysieren sowie Ursachen und Folgen dieser Entwicklung bestimmen.

2 Methode

2.1 Vorgehensweise

Das Unternehmen Ipsos wurde mit der Erhebung einer für Deutschland repräsentativen Erwachsenenstichprobe beauftragt. Ipsos ist das global drittgrößte Markt- und Sozialforschungsunternehmen mit jahrelanger Erfahrung in der Durchführung von Meinungsumfragen und über vier Millionen potenziellen Teilnehmer:innen weltweit.

Die Erhebung begann am 29.03.2022 und endete am 14.04.2022. Den Teilnehmer:innen wurde der Fragebogen online präsentiert. Die Teilnahmedauer belief sich im Durchschnitt auf 26 Minuten. Wenn möglich, wurden zur selben Skala gehörende Fragen und Items in zufälliger Reihenfolge dargeboten, um Effekte der Fragenabfolge vermeiden zu können. Die Anordnung der einzelnen Skalen konnte jedoch nicht vollständig randomisiert werden, sodass ein Einfluss der Itemreihenfolge nicht vollständig ausgeschlossen werden kann.

Zur Sicherung der Datenqualität wurden Items zur Aufmerksamkeitsüberprüfung herangezogen. Diese Vorgehensweise bietet die Möglichkeit, unaufmerksame Proband:innen auszuschließen (Bowling et al., 2016; Meade & Craig, 2012; Oppenheimer, Meyvis & Davidenko, 2009; Ward & Pond III, 2015) ohne Einbußen hinsichtlich der Skalenreliabilität zu riskieren (Kung, Kwok & Brown, 2018).

Im Verlaufe der Längsschnittstudie soll insgesamt fünf Mal dieselbe Stichprobe befragt werden, sodass auch Zusammenhänge und Einflüsse über einen längeren Zeitraum beachtet und offengelegt werden können.

2.2 Erhebungsinstrumente

Im Folgenden sollen die für diesen Bericht relevanten Skalen näher erläutert werden. Eine vollständige Dokumentation der Skaleninstrumente ist online unter www.zkfs.de/pawaks verfügbar.

Vertrauen

Vertrauen in Institutionen wurde mit der Zustimmung zu den Aussagen: „*Wie viel Vertrauen haben Sie in bestimmte Institutionen? Geben Sie bitte für die folgenden Institutionen an, ob Sie diesen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit... a) der Justiz und dem deutschen Rechtssystem? b) der Polizei? c) der öffentlichen Verwaltung in Deutschland?*“. Zu jeder Frage konnten die Teilnehmenden auf einer Skala von 1 (gar kein Vertrauen) über 4 (neutral) bis zu 7 (vollstes Vertrauen) ihre Einschätzung abgeben. Dieses Vorgehen wurde dem Eurobarometer (2021) entlehnt.

2.3 Beschreibung der Stichprobe

An der Umfrage nahmen insgesamt 5000 Personen teil, die hinsichtlich Geschlecht, Alter und Bundesland als repräsentativ für die erwachsene Bevölkerung in Deutschland betrachtet werden können. Teilnehmende mussten mindestens 18 Jahre alt sein und in Deutschland leben. Die Stichprobe umfasste 2752 Frauen (55.04%), 2238 Männer (44.76%) und 9 nicht-binäre Personen (0.18%) mit einem Durchschnittsalter von 48.73 Jahren ($SD^1 = 14.83$). 4844 Personen (96.88%) hatten die deutsche Staatsangehörigkeit und 730 (14.6%) einen Migrationshintergrund². Bildungsniveau ($M^3 = 5.5$, $SD = 1.92$) wurde anhand der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED; Statistisches Bundesamt, 2020) kodiert, die von 0 (weniger als Grundschulbildung) bis 8 (Promotion oder gleichwertiges Niveau) reicht. Im Durchschnitt lebten 2.6 Personen ($SD = 5.75$) in den Haushalten der Teilnehmenden, und das mittlere Haushaltsnettoeinkommen lag zwischen 2500 und 3000 €. 2275 Personen (45.50 %) gaben an, einer Religionsgemeinschaft anzugehören, davon 2175 (43.50 %) einer christlichen und 47 (0.94 %) einer muslimischen Konfession. Zum Zeitpunkt der Befragung waren 3153 Personen (63.06 %) berufstätig, 254 (5.08 %) befanden sich in einer schulischen oder akademischen Ausbildung, und weitere 1070 (21.4 %) im Ruhestand. Hin-

¹Die Standardabweichung wird oft ergänzend zum Mittelwert angegeben. Sie wird auch Streuung genannt, da sie angibt, wie weit die einzelnen Werte einer Variable um den Mittelwert streuen.

²In unserer Studie verwenden wir die Definition des statistischen Bundesamtes (n.d.) für Migrationshintergrund: Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Im Einzelnen umfasst diese Definition zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-)Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen.

³Das arithmetische Mittel (auch Mittelwert) stellt den durchschnittlichen Wert aller Personen einer Stichprobe bezüglich einer Variable dar.

sichtlich ihrer ideologischen Orientierung ($M = 3.8$, $SD = 1.09$, Range = 1 [links] – 7 [rechts]) positionierten sich 1523 (30.46%) der Teilnehmenden eher links der Mitte und 958 (19.16%) eher rechts der Mitte. Auf die Frage, wen sie wählen würden, wäre nächsten Sonntag Bundestagswahl, antworteten 19.56% ($n = 978$) mit SPD, 16.24% mit CDU/CSU ($n = 812$), 15.14% ($n = 757$) mit Bündnis 90/Die Grünen, 8% ($n = 400$) mit AfD, 7.56% ($n = 378$) mit FDP, 7.1% ($n = 355$) mit Die Linke und 5.18% ($n = 259$) bevorzugten eine andere Partei. Die Verteilung der Stichprobe auf die Bundesländer entspricht mit geringen Abweichungen der tatsächlichen Einwohnerzahl des jeweiligen Bundeslandes (siehe den Datenbericht unter www.zkfs.de/pawaks für eine vollständige Berichterlegung).

Bei der Stichprobenerhebung wurde auf die Repräsentativität dieser geachtet. Zur exakten Berechnung können zusätzlich Gewichtungsfaktoren genutzt werden, um unterrepräsentierte Gruppen häufiger in die zu berechnenden statistischen Modelle aufzunehmen. Bei der vorliegenden Datenanalyse wurde bisher auf die Einberechnung dieser Gewichtungsfaktoren verzichtet.

3 Vertrauen in Justiz, Polizei und Verwaltung

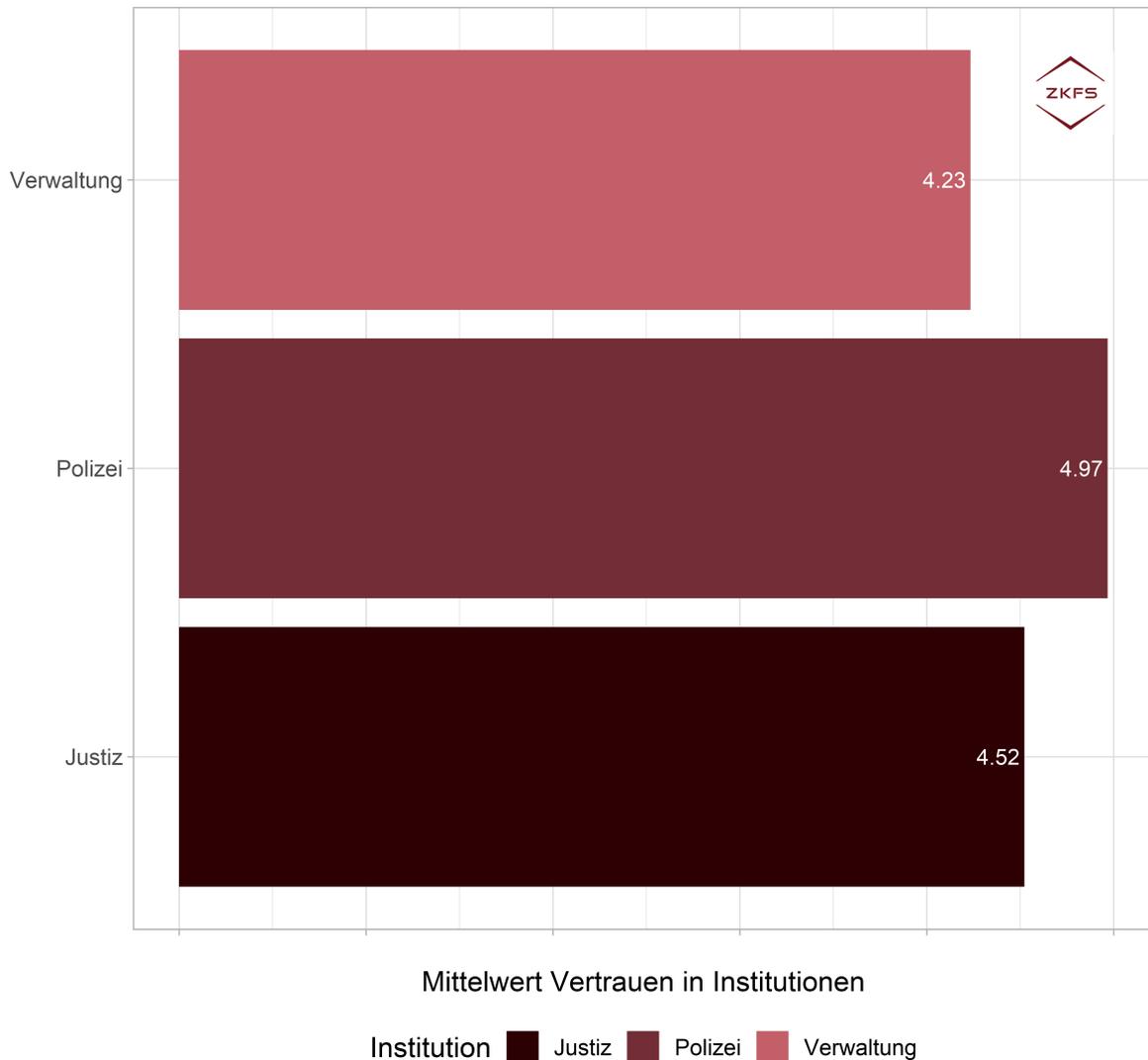
Das Vertrauen in Polizei, Justiz und öffentliche Verwaltung war insgesamt eher positiv. Wie in Abbildung 1 zu sehen ist, lag das Vertrauen in die verschiedenen Institutionen leicht über dem Skalenmittelwert von 4. Das Vertrauen in die Polizei ($M = 4.97$, $SD = 1.50$) war allgemein höher als in die anderen beiden Institutionen (Justiz: $M = 4.52$, $SD = 1.78$; Verwaltung: $M = 4.23$, $SD = 1.47$). Grundsätzlich ist anzumerken, dass das Vertrauen in die drei Institutionen in hohem Maße miteinander zusammenhing. Dass bedeutet, dass ein hohes Vertrauen in eine Institution mit einem hohen Vertrauen in die andere Institution einherging (Korrelation Vertrauen in Justiz & Polizei: $r^4 = .66$, p^5

⁴Korrelationen sollen die Größe des Zusammenhangs zweier Variablen angeben. Der Wert $r = 0$ bedeutet, dass kein Zusammenhang zwischen zwei Größen besteht, $r = 1$ steht für einen perfekten positiven Zusammenhang („Hohe Werte von x gehen mit hohen Werten von y einher und umgekehrt.“) und $r = -1$ steht für einen perfekten negativen Zusammenhang („Hohe Werte von x gehen mit niedrigen Werten von y einher und umgekehrt.“). Korrelationen in Höhe von $r = 0.1$ gelten als klein, $r = 0.3$ als mittel und $r = 0.5$ als hoch (Cohen, 1988). Außerdem sollte man beachten, dass man anhand von Korrelationen nur Aussagen zu Zusammenhängen treffen kann und nicht zu Kausalitäten, also Ursache-Wirkungsbeziehung zweier Variablen.

⁵Signifikanztests (wie t -Tests oder Varianzanalysen) nutzt man zur Überprüfung von Hypothesen. Dabei gibt es typischerweise eine Nullhypothese – „Es gibt keinen Effekt/Unterschied.“ – und eine Alternativhypothese – „Es gibt einen Effekt/Unterschied“. Der p -Wert ist dabei die entscheidende Größe, denn er gibt an, wie groß die Wahrscheinlichkeit ist, dass das gefundene Ergebnis zustande kommt, wenn die Nullhypothese stimmt. Ist der p -Wert also sehr klein (z.B.: $p < .05$), kann man davon ausgehen, dass das gefundene Ergebnis kein Zufall sein kann. Hierbei spricht man von einem signifikanten Testergebnis. Die Nullhypothese wird verworfen und die Alternativhypothese angenommen.

< .001; Korrelation Vertrauen in Justiz & Verwaltung: $r = .69, p < .001$; Vertrauen in Polizei & Verwaltung: $r = .58, p < .001$).

Mittelwerte der Angaben zum Vertrauen in Justiz, Polizei und Verwaltung



Anmerkungen: Zugrundeliegende Antwortskala 1 (gar kein Vertrauen) über 4 (neutral) bis 7 (vollstes Vertrauen).

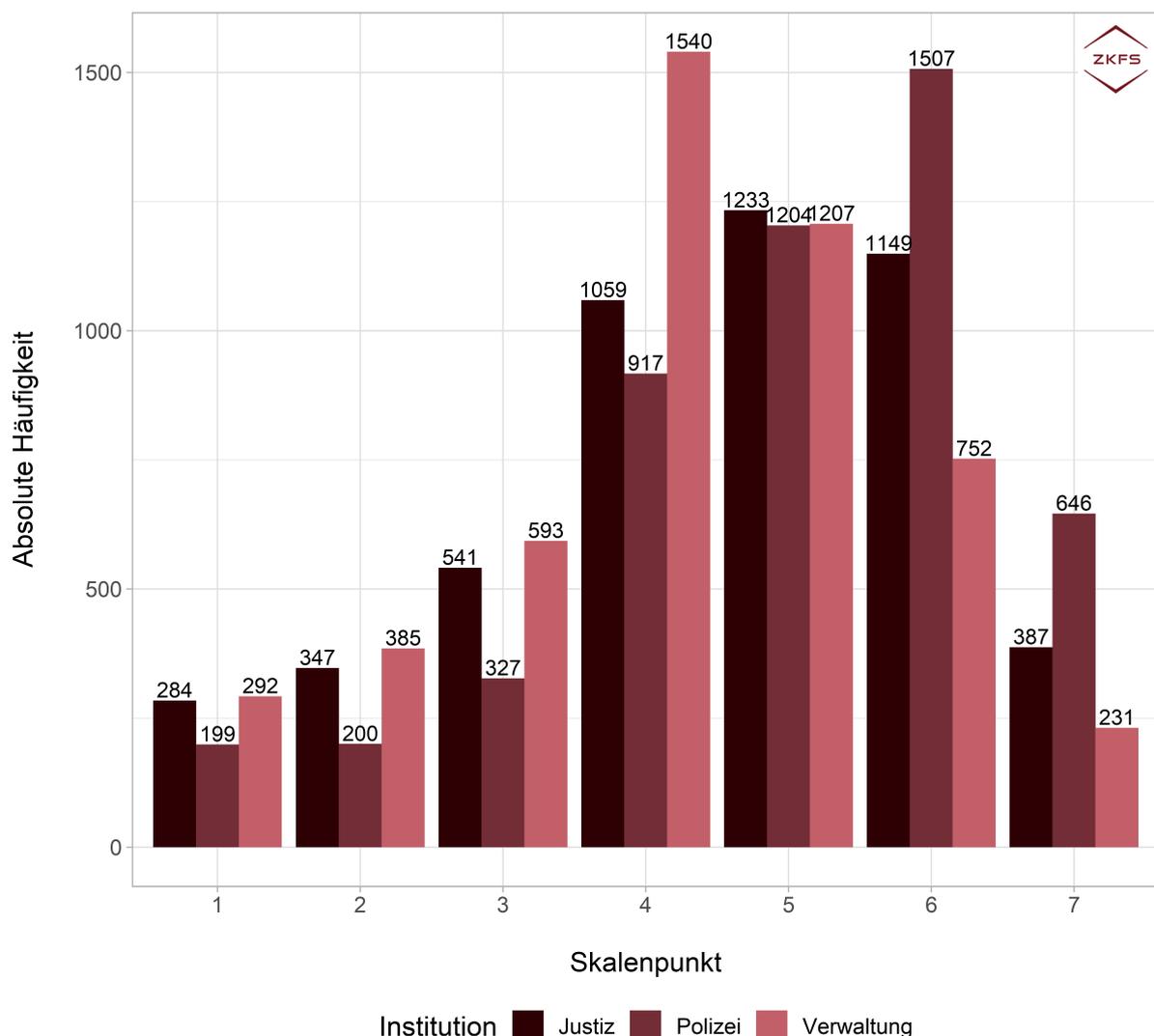
Abbildung 1: Vertrauen in die Justiz, Polizei und Verwaltung

In Abbildung 2 sind die spezifischen Häufigkeiten für das angegebene Vertrauen in Justiz, Polizei und Verwaltung aufgeführt.

Das Vertrauen in die Justiz als Institution war relativ hoch, mehr als die Hälfte (55.38%) der Befragten gab ein höheres Maß an Vertrauen als den Skalenmittelwert von 4 an und äußerte damit eher Vertrauen. Ein Viertel (23.44%) äußerte ein geringeres Maß an Vertrauen als den Skalenmittelwert, 5.68% gaben an, gar kein Vertrauen zu haben.

Fast zwei Drittel (67.14%) der Befragten gaben Vertrauen in die Polizei an (Antworten über dem Skalenmittelwert), während nur etwa eine:r von sieben Befragten (14.52%) wenig Vertrauen angab (Antworten unterhalb des Skalenmittelwert). 3.98% der Befragten gaben an, überhaupt kein Vertrauen in die Polizei zu haben: Dies war die am wenigsten verbreitete Antwort insgesamt.

Absolute Häufigkeit der Angaben zum Vertrauen in Justiz, Polizei und Verwaltung



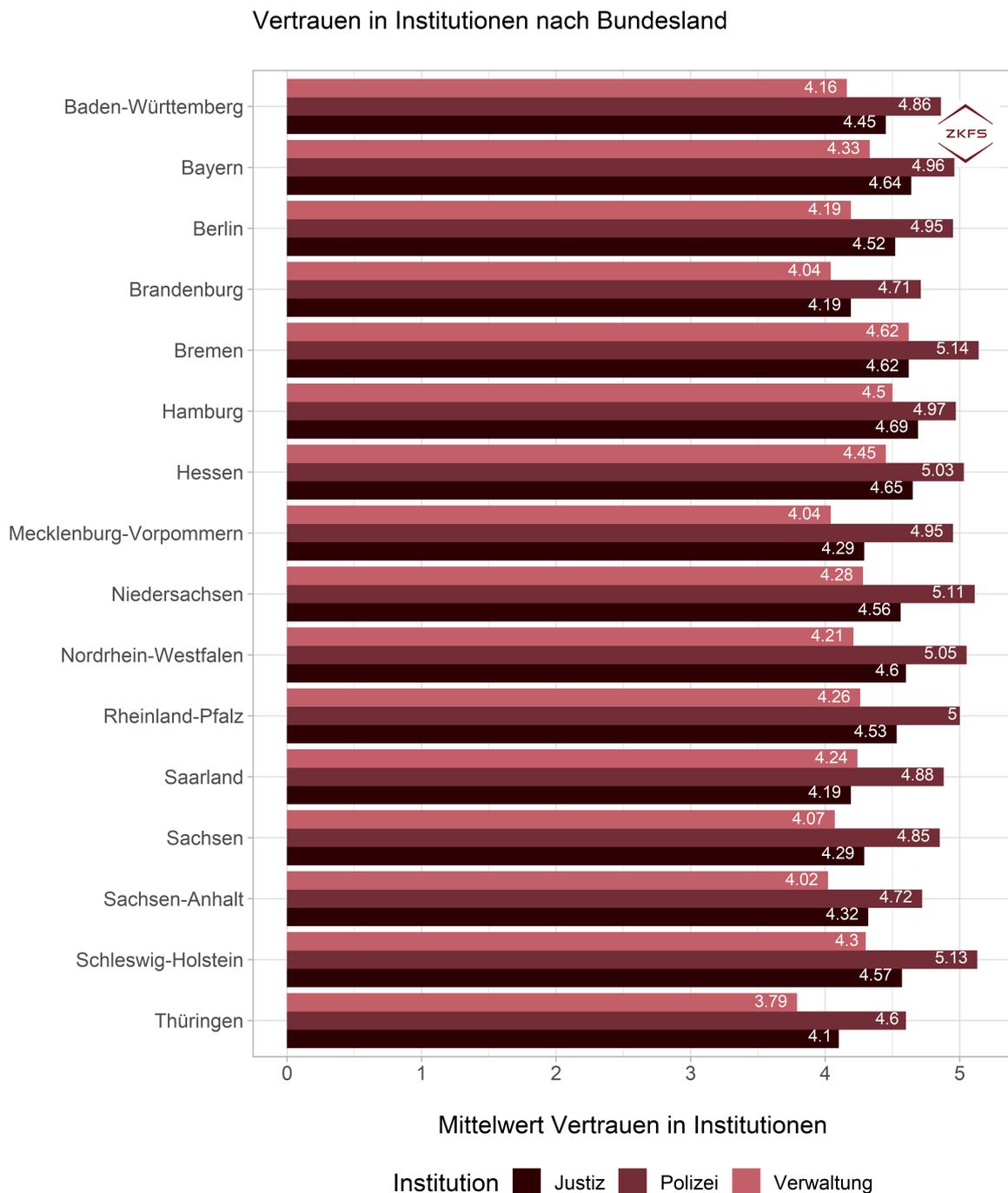
Anmerkungen: Zugrundeliegende Antwortskala 1 (gar kein Vertrauen) über 4 (neutral) bis 7 (vollstes Vertrauen).

Abbildung 2: Absolute Häufigkeiten der Angaben zum Vertrauen in Justiz, Polizei und Verwaltung

Das Vertrauen in die Verwaltung war etwas schwächer ausgeprägt als in die beiden anderen Institutionen, wenn auch im Allgemeinen immer noch positiv. 43.8% gaben ein relativ hohes Vertrauensniveau an, während ein Viertel (25.4%) der Antworten unter dem "neutralen" Niveau lag. 5.84% gaben an, gar kein Vertrauen in die Verwaltung zu haben.

Bemerkenswert war hier der Mangel an extremen Antworten: Die Antworten für alle Gruppen tendierten dazu, sich um den Mittelwert herum zu gruppieren, wobei sowohl das niedrigste als auch das höchste Vertrauensniveau seltener angegeben wurde als neutrale oder leicht positive Antworten.

3.1 Unterschiede in Vertrauen zwischen den Bundesländern



Anmerkungen: Zugrundeliegende Antwortskala 1 (gar kein Vertrauen) über 4 (neutral) bis 7 (vollstes Vertrauen).

Abbildung 3: Vertrauen in die Justiz, Polizei und Verwaltung nach Bundesland

Abbildung 3 zeigt die Ausprägung des Vertrauens in die drei Institutionen nach Bundesländern.

Befragte aus Westdeutschland wiesen ein höheres Vertrauen insbesondere in die Polizei ($M = 5.01$, $SD = 1.49$), aber auch in die Justiz ($M = 4.58$, $SD = 1.55$) und in die Verwaltung ($M = 4.28$, $SD = 1.44$) auf als Befragte aus Ostdeutschland (Polizei: $M = 4.77$, $SD = 1.54$, $t^6[4723] = -4.16$, $p < .001$; Justiz: $M = 4.24$, $SD = 1.66$, $t[4723] = -5.54$, $p < .001$; Verwaltung: Ost: $M = 4$, $SD = 1.52$, $t[4723] = -4.93$, $p < .001$).

Die Unterschiede waren zwar statistisch bedeutsam, aber relativ gering. Das Vertrauen in alle drei Institutionen war durchweg positiv. Es kann nicht davon gesprochen werden, dass es in Ostdeutschland kein Vertrauen in Polizei, Justiz und öffentliche Verwaltung gäbe.

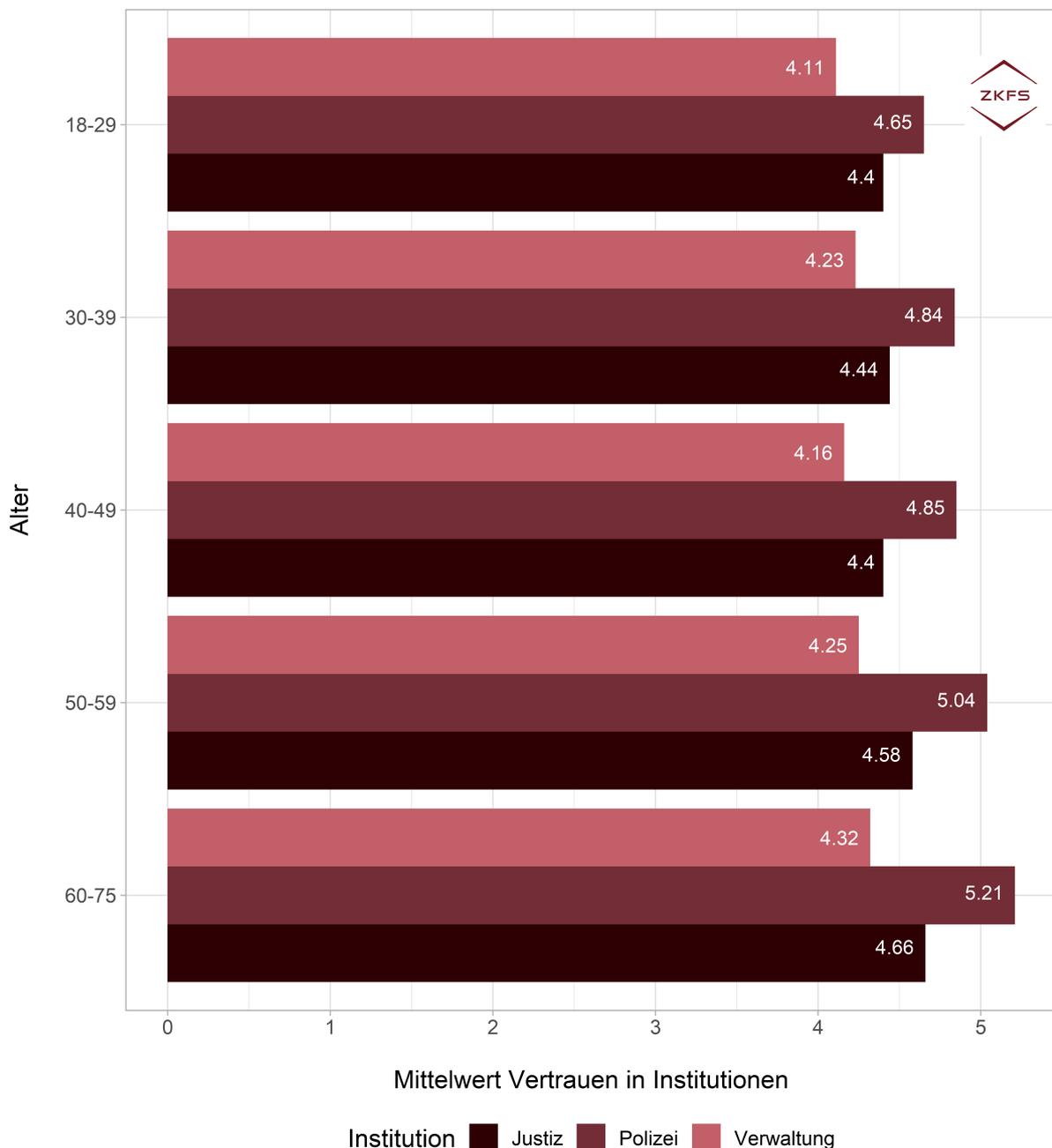
3.2 Unterschiede in Vertrauen nach Alter

Frühere Studien zum Thema Vertrauen und staatliche Institutionen haben ergeben, dass das Alter ein wichtiges Korrelat darstellt (Reuband, 2012). Es ist naheliegend, dass unmittelbare Erfahrungen als Faktor, der die Wahrnehmung von Polizei und Justiz beeinflusst, sowie die allgemeine Weltanschauung, Ideologie und Politik mit dem Alter zusammenhängen. Erzählungen über einen Vertrauensverlust (sowohl in die Polizei als auch in die Demokratie) betonen tendenziell auch generationsbedingte Argumente, die auf einen abnehmenden Respekt insbesondere bei jüngeren Menschen hindeuten (Derin & Singelstein, 2022). Abbildung 4 zeigt eine Aufschlüsselung des angegebenen Vertrauens in die drei Institutionen nach Altersgruppen.

Tendenziell stieg das Vertrauen in alle drei Institutionen mit dem Alter, diese Zusammenhänge waren jedoch nicht statistisch bedeutsam (Justiz: $r = .05$, $p < .001$; Polizei: $r = .13$, $p < .001$; Verwaltung: $r = .05$, $p < .001$). Während die höchsten Vertrauenswerte in jedem Fall von der ältesten befragten Altersgruppe (60-75 Jahre) angegeben wurden (Justiz: $M = 4.66$, $SD = 1.55$; Polizei: $M = 5.21$, $SD = 1.4$; Verwaltung: $M = 4.32$, $SD = 1.39$), lagen die Mittelwerte für die jüngeren Altersgruppen (beginnend mit 18-29 Jahren) immer noch über dem "neutralen" Vertrauensniveau (Justiz: $M = 4.4$, $SD = 1.52$; Polizei: $M = 4.65$, $SD = 1.5$; Verwaltung: $M = 4.11$, $SD = 1.46$), was als ein starkes Indiz gegen die Behauptung, dass die jüngeren Generationen kein Vertrauen in staatliche Institutionen haben (Hermanutz & Weigle, 2017), gewertet werden kann.

⁶Der t -Wert ist die statistische Kenngröße des t -Tests, also eines Signifikanztests. Dieser wird durchgeführt, um festzustellen, ob sich die Mittelwerte zweier Gruppen signifikant voneinander unterscheiden oder ob sich der Mittelwert einer Stichprobe von einem erwarteten Wert unterscheidet.

Vertrauen in Institutionen nach Alter



Anmerkungen: Zugrundeliegende Antwortskala 1 (gar kein Vertrauen) über 4 (neutral) bis 7 (vollstes Vertrauen).

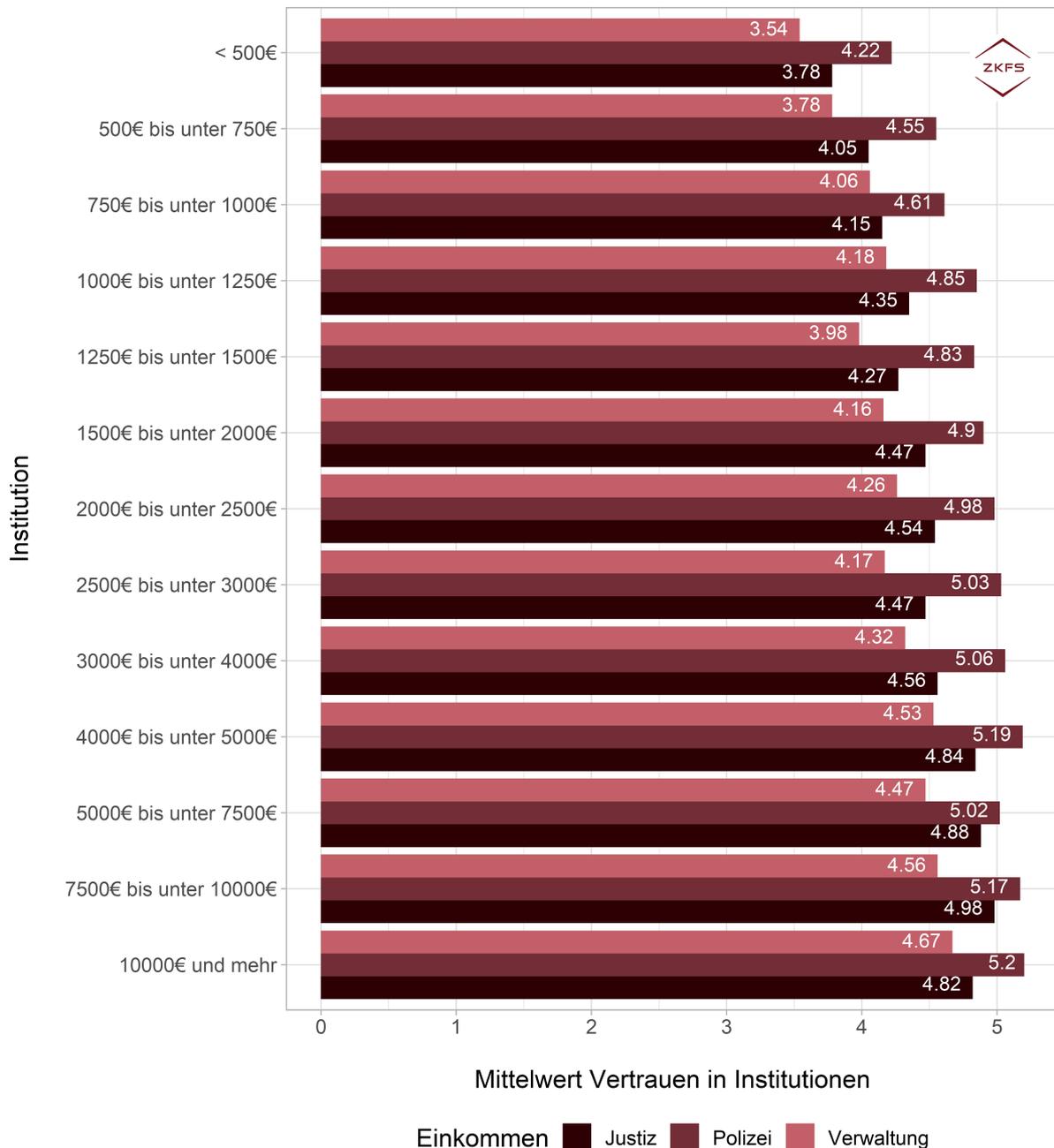
Abbildung 4: Vertrauen in die Justiz, Polizei und Verwaltung nach Alter

3.3 Unterschiede in Vertrauen nach Einkommen

Einkommen und wirtschaftlicher Status gehören zu den am häufigsten genannten strukturellen und demografischen Faktoren in Studien über die Wahrnehmung der Polizei durch die Gesellschaft (Kääriäinen, 2007; MacDonald & Stokes, 2006). In Abbildung

5 sind alle Mittelwerte für das Vertrauen in die verschiedenen Institutionen nach dem monatlichen Einkommen in Euro aufgeführt.

Vertrauen in Institutionen nach Einkommen



Anmerkungen: Zugrundeliegende Antwortskala 1 (gar kein Vertrauen) über 4 (neutral) bis 7 (vollstes Vertrauen).

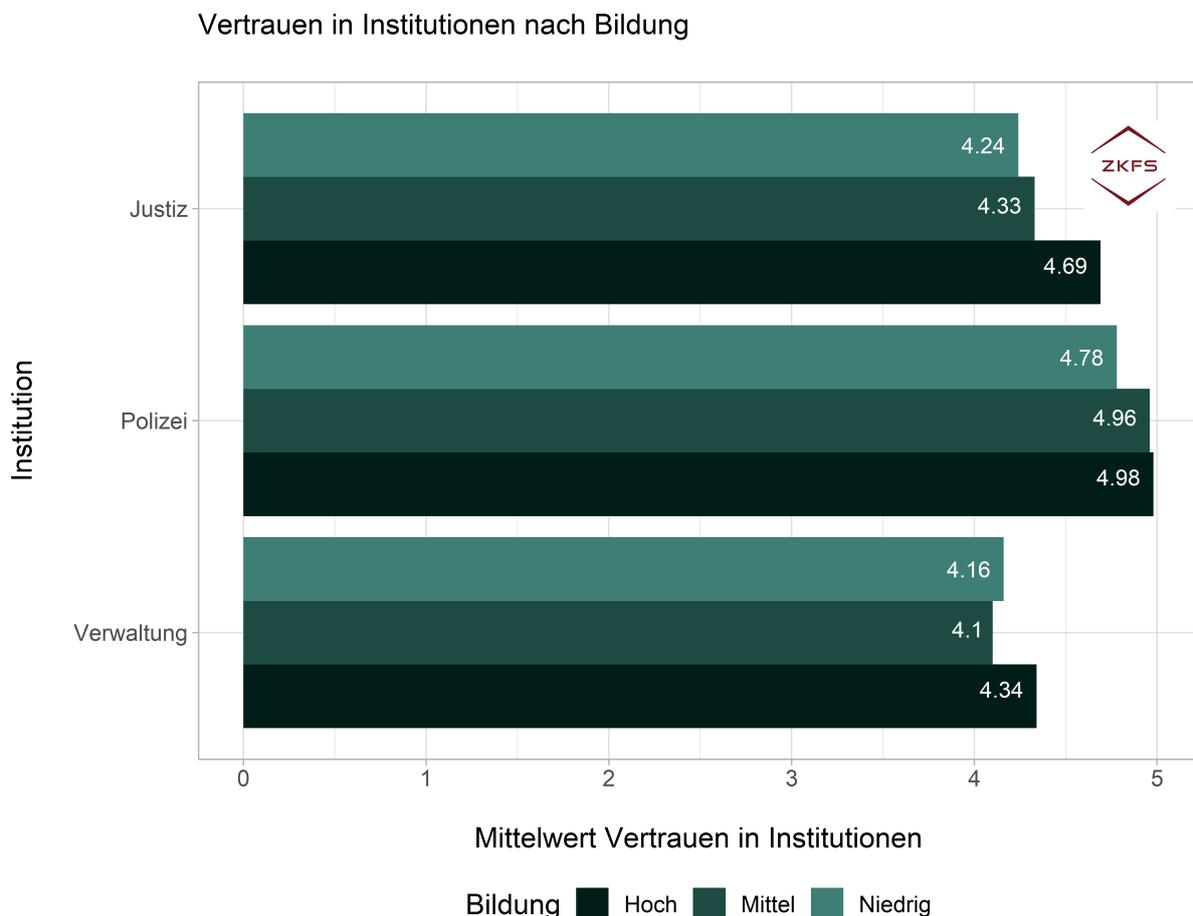
Abbildung 5: Vertrauen in die Justiz, Polizei und Verwaltung nach Alter

Es zeichnete sich eine leichte Tendenz ab, dass mit höherem Einkommen auch höheres Vertrauen in die Institutionen einherging. Personen mit dem niedrigsten Einkommen (< 500€) zeigten im Vergleich zu allen anderen Einkommensgruppen am wenigsten Vertrauen in die Justiz ($M = 3.78$, $SD = 1.64$, $t[4440] = -3.92$, $p < .001$), in die Polizei

($M = 4.22$, $SD = 1.93$, $t[4440] = -4.01$, $p < .001$) und in die Verwaltung ($M = 3.54$, $SD = 1.46$, $t[4440] = -4.05$, $p < .001$). Personen hingegen mit dem höchsten Einkommen (10000€ und mehr) zeigten im Vergleich zu allen anderen Einkommensgruppen am meisten Vertrauen in die Verwaltung ($M = 4.67$, $SD = 1.77$, $t[4440] = 2.65$, $p = .008$) nicht aber in die Justiz ($M = 4.82$, $SD = 1.88$, $t[4440] = 1.84$, $p = .066$) und in die Polizei ($M = 5.2$, $SD = 1.9$, $t[4440] = 1.69$, $p = .09$).

3.4 Bildungsunterschiede

Bildung wird, ähnlich wie das Einkommen, oft als Stellvertretervariable für die soziale Schicht angesehen, aber auch als ein Faktor, der sich direkt darauf auswirkt, wie die Welt und die Gesellschaft wahrgenommen werden. (Reuband, 2009; Zmerli, 2022) Abbildung 6 zeigt die Mittelwerte des Vertrauens in die drei Institutionen getrennt nach Bildungsgrad.



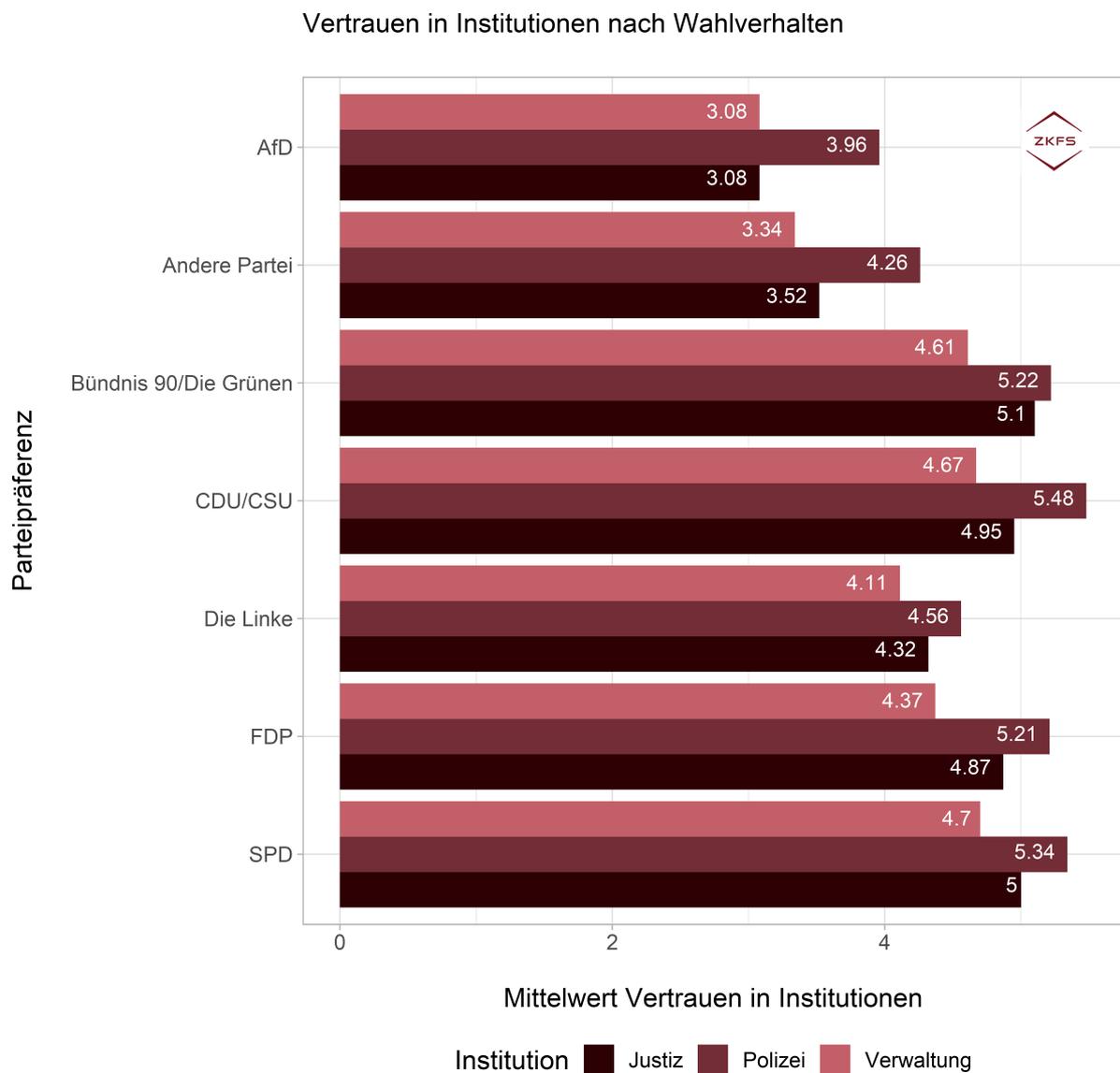
Anmerkungen: Zugrundeliegende Antwortskala 1 (gar kein Vertrauen) über 4 (neutral) bis 7 (vollstes Vertrauen).

Abbildung 6: Vertrauen in die Justiz, Polizei und Verwaltung nach Bildung

Personen mit einer hohen Bildung gaben im Vergleich zu Personen mit mittlerer bzw. niedriger Bildung mehr Vertrauen in die Justiz ($M = 4.69$, $SD = 1.5$, $t[4997] = 5.75$, $p < .001$) und in die Verwaltung an ($M = 4.34$, $SD = 1.45$, $t[4997] = 3.25$, $p < .001$). Das Vertrauen in die Polizei unterschied sich jedoch nicht signifikant von den anderen Bildungsniveaus ($M = 4.98$, $SD = 1.45$, $t[4997] = 1.58$, $p = .114$).

3.5 Politische Orientierung

Politische Orientierung bildet ein wesentliches Element bei der Gestaltung staatlicher Institutionen, zumal Kriminalpolitik und Fragen der Kriminalität und der Gerechtigkeit in der deutschen Politik zunehmend an Bedeutung gewinnen (Dollinger, 2018).



Anmerkungen: Zugrundeliegende Antwortskala 1 (gar kein Vertrauen) über 4 (neutral) bis 7 (vollstes Vertrauen).

Abbildung 7: Vertrauen in die Justiz, Polizei und Verwaltung nach Wahlverhalten

In der "Sonntagsfrage" wurden die Teilnehmenden gefragt, welche Partei sie bevorzugen würden, wenn in der kommenden Woche Wahlen stattfänden. Abbildung 7 zeigt das Vertrauen in die Institutionen nach Parteipräferenz.

Personen mit einer Präferenz für die Alternative für Deutschland (AfD) zeigten im Vergleich zu allen anderen Parteipräferenzen das wenigste Vertrauen in die Justiz ($M = 3.08$, $SD = 1.61$, $t[3932] = -2.14$, $p < .001$), in die Polizei ($M = 3.96$, $SD = 1.75$, $t[3932] = -16.04$, $p < .001$) und in die Verwaltung ($M = 3.08$, $SD = 1.64$, $t[3932] = -19.22$, $p < .001$). Diese Personen gaben nicht nur für alle Institutionen ein signifikant geringeres Vertrauen an, sondern auch ein Vertrauen, welches unterhalb des „neutralen“ Vertrauensniveaus (Skalenmittelwert 4) liegt. Anhänger:innen der „anderen Parteien“ zeigten ebenfalls ein relativ geringes Vertrauen in Justiz und Verwaltung, wobei der Unterschied zwischen diesen Wähler:innen und denjenigen, die angaben, andere (d.h. nicht die AfD) Parteien zu wählen, geringer war.

Das höchste Vertrauen in die Justiz wurde von Personen mit einer Präferenz für das Bündnis 90/Die Grünen angegeben ($M = 5.1$, $SD = 1.34$, $t[3932] = 5.75$, $p < .001$). Befragte mit einer Präferenz für die CDU/CSU gaben das größte Vertrauen in die Polizei an ($M = 5.48$, $SD = 1.26$, $t[3932] = 10.98$, $p < .001$), während Anhänger:innen der SPD das größte Vertrauen in die Verwaltung angaben ($M = 4.7$, $SD = 1.28$, $t[3932] = 10.14$, $p < .001$).

3.6 Unterscheide in Vertrauen nach Migrationshintergrund

Der Migrationsstatus und die Staatsangehörigkeit werden häufig als zentraler Faktor für die Wahrnehmung von Polizei und Justiz im Besonderen genannt (Leitgöb-Guzy, 2021; siehe auch den Bericht „Kontakt mit Polizei, Justiz und Straftäter:innen“ von Bender & Asbrock, 2022). Insbesondere der Rassismusvorwurf von bestimmten Gruppierungen an die Polizei (Armaline et al., 2014; Bosch, 2020; Feltes, 2021) könnte einen Einfluss darauf haben, inwieweit die Polizei als vertrauenswürdig oder kompetent angesehen wird, wobei auch festgestellt wurde, dass der deutschen Polizei (als Institution) sowohl ein hohes Maß an Vertrauen entgegengebracht als auch gleichzeitig in hohem Maße mit Rassismus assoziiert werden kann (Derin & Singelstein, 2022).

Personen mit Migrationshintergrund gaben ein geringeres Vertrauen in die Justiz ($M = 4.3$, $SD = 1.67$), in die Polizei ($M = 4.67$, $SD = 1.65$) und in die Verwaltung ($M = 4.11$, $SD = 1.56$) an als Personen ohne Migrationshintergrund (Justiz: $M = 4.56$, $SD = 1.56$, $t[4972] = -4.09$, $p < .001$; Polizei: $M = 5.02$, $SD = 1.47$, $t[4972] = -5.91$, $p < .001$; Verwaltung: $M = 4.25$, $SD = 1.45$, $t[4972] = -2.51$, $p = .012$). Diese Unterschiede in Vertrauen sind jedoch nicht besonders stark. Wie aufgrund der Forschungsliteratur zu erwarten

wäre, ist das Vertrauen in die Polizei am geringsten. Insgesamt ist es auf der Grundlage dieser Daten jedoch nicht möglich, von einem geringen Vertrauen bei Personen mit Migrationshintergrund zu sprechen. Stattdessen weisen die Daten bei Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu solchen ohne Migrationshintergrund auf ein niedrigeres, wenn auch immer noch hohes Durchschnittsniveau hin.

3.7 Zusammenhänge von Vertrauen und ideologischen Einstellungen

Auch wenn das Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen insgesamt relativ hoch zu sein scheint, kann dieses Vertrauen auf individueller Ebene variieren. So ist zu erwarten, dass das Vertrauen in die Institutionen von individuellen, ideologischen Glaubensüberzeugungen und Einstellungen abhängt.

Neben den zuvor beschriebenen soziodemographischen Variablen wurden in der Pa-WaKS Studie zusätzlich einige kriminologische sowie psychologische Variablen erhoben. Im Folgenden gehen wir auf Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in die Institutionen und einigen ausgewählten Variablen ein (s. Abb. 8).

Personen mit einer hohen Ausprägung in sozialer Dominanzorientierung (SDO, Sidanius & Pratto, 1999) schätzen Dominanz, Macht und Überlegenheit der eigenen Gruppe und befürworten die hierarchische Strukturierung von verschiedenen Gruppen innerhalb der Gesellschaft. Institutionen als Inbegriff von Macht und Dominanz sollten daher mit einer höheren Ausprägung in SDO zusammenhängen, was vergangene Forschung bereits bestätigen konnte (z.B. Lowrey-Kinberg, Mellinger & Kearns, 2020). Einige Studien jedoch deuten eher auf einen schwachen Zusammenhang zwischen SDO und Vertrauen in Institutionen hin (Bovan, Baketa, Kovačić & Biruski, 2021; Castillo, Miranda & Torres, 2011) und sehen vielmehr eine Verbindung zwischen Autoritarismus und Vertrauen in Institutionen (Bovan et al., 2021). Dies spiegelt sich auch in den Pa-WaKS Daten wider. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass es keinen bedeutsamen Zusammenhang zwischen SDO und Vertrauen in die Justiz ($r = -.07, p < .001$), in die Polizei ($r = -.02, n.s.$ ⁷) und in die Verwaltung ($r = -.03, p = .016$) gab. Hingegen fand sich ein signifikanter, wenn auch schwacher, positiver Zusammenhang zwischen Autoritarismus (right-wing authoritarianism, kurz: RWA) und Vertrauen in Justiz ($r = .15, p < .001$), in die Polizei ($r = .24, p < .001$) und in die Verwaltung ($r = .20, p < .001$) – das heißt je höher die Ausprägungen in Autoritarismus, desto stärker ist das Vertrauen in die drei Institutionen. Der stärkste, wenn auch nach wie vor nicht sonderlich starke, Zusammenhang fand sich zwischen RWA und Vertrauen in die Polizei, was mit den Ergebnissen von Castillo et al. (2011) übereinstimmt. Die Forscher:innen untersuchten

⁷n.s. = nicht signifikant

das Vertrauen in eine Reihe von verschiedenen Institutionen und fanden den stabilsten Zusammenhang zwischen Autoritarismus und Vertrauen in bewaffnete Institutionen wie die Polizei und die Armee. Dies begründeten sie damit, dass von diesen Institutionen mehr Macht ausgehen könnte als von anderen und sich Personen, die hohe Ausprägungen in Autoritarismus vorweisen, sich diesen besonders unterwerfen und Vertrauen entgegenbringen würden.

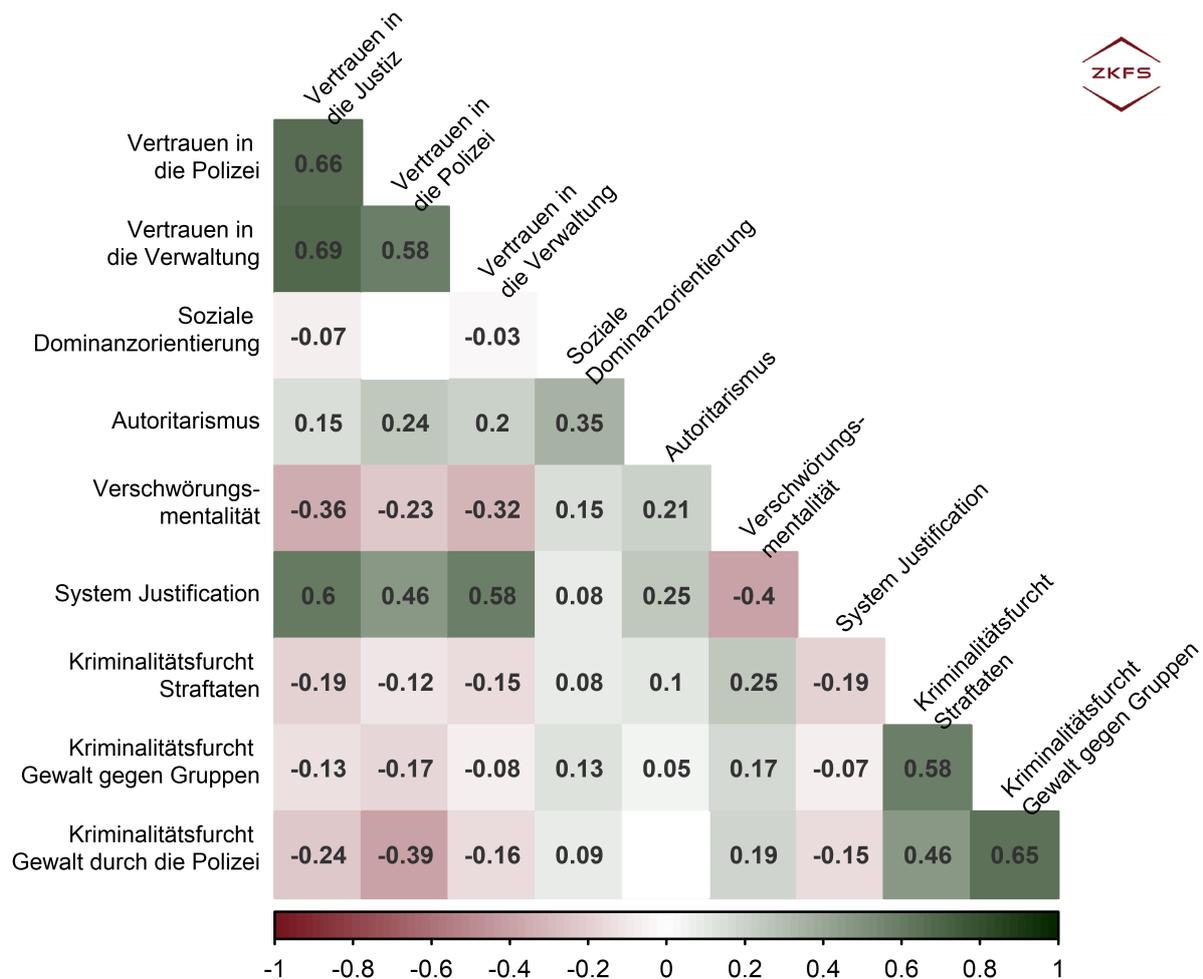


Abbildung 8: Korrelationsmatrix Vertrauen und psychologische Variablen

Verschwörungsglaube & System Justification

Während Verschwörungsglauben die Tendenz einer Person bezeichnet, Verschwörungserzählungen zu glauben (Imhoff et al., 2022) und sich meist in einem Misstrauen in die bestehenden Strukturen, zu denen auch der Staat und seine Institutionen gehören, ausdrückt, beschreibt die Theorie der Systemrechtfertigung (System Justification) die menschliche Neigung den Status quo gesellschaftlicher und politischer Strukturen zu verteidigen und zu rechtfertigen (Jost & van der Toorn, 2012). Gemäß diesen Annahmen zeigen bisherige Studien negative Zusammenhänge zwischen Verschwö-

rungsmentalität und Vertrauen in Institutionen (z.B. Einstein & Glick, 2015; Jolley, Mari & Douglas, 2020; Mari et al., 2022) und positive Zusammenhänge zwischen System Justification und Vertrauen in Institutionen (z.B. Tan, Liu, Huang, Zheng & Liang, 2016).

Und so hing auch in den vorliegenden PaWaKS Daten Verschwörungsmentalität negativ mit Vertrauen in die Justiz ($r = -.36, p < .001$), in die Polizei ($r = -.23, p < .001$) und in die Verwaltung ($r = -.32, p < .001$) zusammen. Das bedeutet, je höher die Ausprägungen in Verschwörungsmentalität, umso niedriger ist das Vertrauen in die drei Institutionen. Für System Justification wiederum lag ein positiver Zusammenhang mit Vertrauen in die Justiz ($r = .60, p < .001$), in die Polizei ($r = .46, p < .001$) und in die Verwaltung ($r = .58, p < .001$) vor. Ob diese ideologischen Glaubensüberzeugungen für das Niveau an Vertrauen verantwortlich sind oder ob, ein bestimmtes Maß an Vertrauen in die Institutionen eher dazu führt, dass man eine Präferenz für bestimmte Glaubensüberzeugungen hat, lässt sich erst mithilfe von längsschnittlichen Daten überprüfen.

3.8 Zusammenhänge mit Kriminalitätsfurcht

Kriminalitätsfurcht wurde in der PaWaKS Studie über verschiedene Aussagen zur Einschätzung der Furcht sowie der wahrgenommenen Wahrscheinlichkeit, selbst Opfer einer bestimmten Straftat zu werden, erfasst. Diese Einschätzungen wurden inhaltlich und faktorenanalytisch zu den drei Faktoren „Kriminalitätsfurcht Straftaten“⁸, „Kriminalitätsfurcht Gewalt gegen Gruppen“⁹ und „Kriminalitätsfurcht Gewalt durch die Polizei“ zusammengefasst, auf die wir im Folgenden eingehen. In ihrem Bericht „Kriminalitätsfurcht und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung“ der PaWaKS Studie berichten Bolesta und Führer (2022) ausführlicher über die Wahrnehmung von Kriminalität und Kriminalitätsfurcht.

Wie in der Abbildung 8 dargestellt, gab es einen geringfügigen, aber signifikanten negativen Zusammenhang zwischen Furcht vor allgemeinen Straftaten und Vertrauen in die Justiz ($r = -.19, p < .001$), in die Polizei ($r = -.12, p < .001$) und in die Verwaltung ($r = -.15, p < .001$). Ähnliche Zusammenhänge zeigen sich auch für Furcht vor gruppenbezogener Gewalt und Vertrauen in die Justiz ($r = -.13, p < .001$), in die Polizei ($r = -.17, p < .001$) und in die Verwaltung ($r = -.08, p < .001$). Das bedeutet, je höher das Vertrauen in die Justiz, Polizei und Verwaltung, umso niedriger ist die Kriminalitätsfurcht vor allgemeinen Straftaten bzw. gruppenbezogener Gewalt. Für Polizeigewalt und Vertrauen in

⁸Wohnungseinbruch, Raubüberfall, Körperverletzung und digitaler Identitätsdiebstahl

⁹Sexueller Missbrauch/Nötigung oder Vergewaltigung, Verbale oder körperliche Gewalt gegenüber Personen aufgrund ihrer Religion oder Ethnie, Verbale oder körperliche Gewalt gegenüber Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, Verbale oder körperliche Gewalt gegen Menschen aufgrund ihres Migrationshintergrunds

die drei Institutionen ist dieser negative Zusammenhang etwas stärker ausgeprägt: Die Furcht vor Gewalt durch Polizei ist geringer, je höher die Ausprägungen von Vertrauen in die Verwaltung ($r = -.16, p < .001$) und insbesondere in die Polizei ($r = -.39, p < .001$) und in die Justiz ($r = -.24, p < .001$).

Ein erhöhtes Vertrauen in die Justiz, Polizei und Verwaltung geht also mit geringerer Kriminalitätsfurcht vor allgemeinen Straftaten, gruppenbezogener Gewalt und insbesondere Polizeigewalt einher. Diese Ergebnisse überraschen nicht und spiegeln sich in ähnlicher Weise im Bericht von Bender und Asbrock (2022) wider, dessen Ergebnisse zeigen, dass positive Kontakterfahrungen mit Polizei und Justiz sowohl mit einer geringeren Kriminalitätsfurcht als auch mit einem erhöhten Vertrauen in die Polizei und die Justiz einhergehen. Es ist also möglich, dass sich Bürger:innen sicherer fühlen und eine geringere Furcht vor Kriminalität zeigen, wenn sie positive Kontakterfahrungen mit Polizei und Justiz hatten und Vertrauen in diese Institutionen setzen. Um diese Wirkrichtung zu prüfen, müssen jedoch die längsschnittlichen Daten der PaWaKS Studie abgewartet werden.

3.9 Zusammenhänge mit Medienkonsum

Wie bereits erwähnt, haben Sozialwissenschaftler:innen verschiedener Disziplinen oft argumentiert, dass Medienbilder die größte Rolle dabei spielen, wie Institutionen wie Polizei und Justiz und Phänomene wie Kriminalität wahrgenommen werden und wie die öffentliche Meinung selbst gebildet wird (Lippmann, 2018; Sparks, 1992). Es ist zwar schwierig, die spezifischen Erzählungen und Bilder, die in den Mainstream- und anderen Medien angeboten werden, quantitativ zu analysieren, aber es ist möglich zu untersuchen, wie häufig sich Einzelpersonen auf bestimmte Medienformen verlassen. Es wurden Daten über die Nutzung verschiedener Medienformen erhoben, um sich über aktuelle Ereignisse zu informieren, wobei die Antwortmöglichkeiten zwischen 1 (nie) bis 7 (täglich) reichten. Abbildung 9 zeigt die Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in die drei Institutionen und der Nutzung der verschiedenen Medienformen. Es wurden zwar mehrere statistisch signifikante Zusammenhänge festgestellt, aber keiner war besonders stark. Traditionellere Formen moderner Medien (Fernsehen, Zeitungen und Radio) hingen schwach positiv mit Vertrauen in die Institutionen zusammen. Für alle anderen Medien lassen sich keine bedeutsamen Zusammenhänge finden. Der stärkste Medieneffekt insgesamt ist der positive Zusammenhang zwischen der häufigen Nutzung des Fernsehens als Nachrichtenquelle und dem Vertrauen in die Polizei.

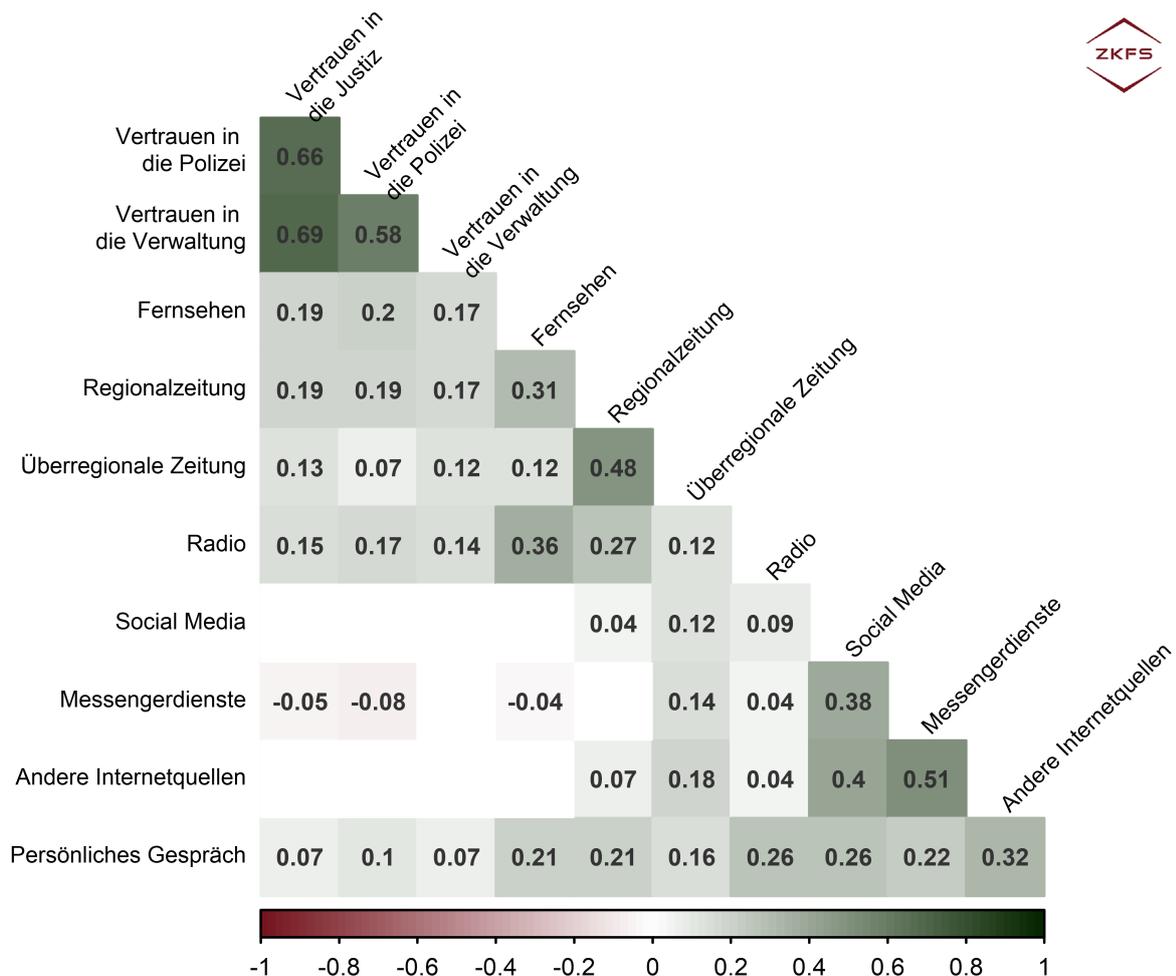


Abbildung 9: Korrelationsmatrix Vertrauen und Medienkonsum

4 Fazit

Trotz zunehmender Berichte über "Brüche" in der Gesellschaft und wachsendem gesellschaftlichen (polizeilichen) Misstrauen (Bosch, 2020; Hartmann, 2020), ist das Vertrauen in die Polizei, Justiz und Verwaltung in der Bundesrepublik insgesamt eher hoch. Es ist bemerkenswert, dass die drei hier betrachteten Institutionen trotz ihrer unterschiedlichen Bedeutung in Bezug auf persönliche Kontakte, öffentliche Sichtbarkeit und Medienpräsenz ähnlich bewertet werden.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass das Vertrauen in die Polizei und in die Justiz etwas höher ist als in die Verwaltung. Darüber hinaus waren regionalen Unterschiede relativ gering: Vertrauen ist tendenziell höher in den alten Bundesländern und etwas niedriger (aber immer noch sehr hoch) in den neuen Bundesländern. Das größte Vertrauen in die Polizei, in die Justiz und in die Verwaltung findet man eher unter Men-

schen mit höherer Bildung, Menschen mit höherem Einkommen sowie Menschen ohne Migrationshintergrund. Befragte mit Präferenz für die AfD scheinen eher skeptisch gegenüber Polizei, Justiz und Verwaltung zu sein und zeigen deutlich weniger Vertrauen als Personen, die andere Parteien präferieren. Je höher Personen Furcht vor Kriminalität verspüren, umso weniger vertrauen sie den Institutionen. Dazu zu tendieren, an Verschwörungserzählungen zu glauben, geht mit einem geringeren Vertrauen in die Institutionen einher, während eine Neigung, soziale Arrangements als gerecht, legitim und gerechtfertigt zu betrachten, mit einem höheren Vertrauen in die Institutionen einhergehen. Je stärker Personen autoritäre Einstellungen vertreten, umso höher ist ihr Vertrauen in die Institutionen.

Es bleibt abzuwarten, wie variabel die Vertrauensniveaus sind und inwieweit „unsere Vorstellung von 'guter Ordnung' im Allgemeinen und von 'Sicherheit' im Besonderen [...] einem ständigen Wandel unterworfen [ist]“ (Behr, 2020, S. 19). Mithilfe nachfolgender PaWaKS Erhebungswellen lassen sich zukünftig genauere Aussagen zur Stabilität bzw. Variabilität von Vertrauen in die Institutionen tätigen. Da öffentliche Institutionen auf das Vertrauen der Zivilgesellschaft angewiesen sind, sollte jede erkennbare Bedrohung dieses Vertrauens in Betracht gezogen werden. Die jeweiligen Behörden sollten bereit sein, darüber nachzudenken, welche Schritte sie unternehmen können, um in absehbarer Zukunft ein vertrauenswürdiges Image zu wahren.

Glossar

Autoritarismus Autoritarismus wird definiert als eine stabile ideologische Einstellung, genauer als „ein System sozialer Einstellungen oder ein ideologischer Ausdruck grundlegender sozialer Werte oder motivationaler Ziele, das bzw. der unterschiedliche, aber miteinander verbundene Strategien für das Erreichen kollektiver Sicherheit auf Kosten individueller Autonomie repräsentiert“ (Duckitt & Bizumic, 2013, S. 842; vgl., Duckitt & Sibley, 2010; übersetzt durch Beierlein, Asbrock, Kauff & Schmidt, 2014, S. 6).

Politische Orientierung Das Konzept der politischen Orientierung basiert auf der Annahme, dass politische Ideologie, also Einstellungen und Annahmen über politische Sachverhalte, die innerhalb einer bestimmten Gruppe geteilt werden (Jost, Federico & Napier, 2009; Knight, 2006), auf einem Spektrum oder entlang einer Dimension beschrieben werden kann (Pioro, Schwartz & Davidov, 2011; Zaller, 1992). Politische Orientierung bezeichnet also die individuelle Ausprägung einer bestimmten Ideologie, die auch als ideologische Orientierung bezeichnet wird (Bolesta, 2021; Feldman, 2013; Jost et al., 2009). In der vorliegenden Studie wurde diese mittels Selbstverortung auf einem Links-Rechts-Spektrum erhoben.

Soziale Dominanzorientierung Die soziale Dominanzorientierung (SDO) bezeichnet eine allgemeine Einstellung zu Intergruppenbeziehungen, die reflektiert, ob man generell befürwortet, dass diese Beziehungen gleichberechtigt oder hierarchisch sind, d.h. entlang einer Überlegenheits-Unterlegenheits-Dimension geordnet. Die Theorie postuliert, dass Menschen, die eher sozial-dominanzorientiert sind, dazu neigen, Ideologien und Politiken zu bevorzugen, die die Hierarchie verstärken, während Menschen, die eine niedrigere SDO aufweisen, zu Ideologien und politischen Maßnahmen tendieren, die die Hierarchie abschwächen (Pratto, Sidanius, Stallworth & Malle, 1994, S. 742, eigene Übersetzung durch die Autor:innen). Erhoben wurde SDO mit einer deutschen Übersetzung der Kurzversion der SDO7 Skala (Original: Ho et al., 2015; Übersetzung: Carvacho et al., 2018).

System Justification Die Theorie der Systemrechtfertigung (System Justification) beschreibt die menschliche Neigung, bestehende soziale Arrangements als gerecht, legitim und gerechtfertigt zu betrachten (Kay & Jost, 2003, S. 825, eigene Übersetzung durch die Autor:innen) bzw. den psychologischen Prozess, durch den bestehende soziale Arrangements legitimiert werden, selbst auf Kosten von persönlichen und Gruppeninteressen (Jost & Banaji, 1994, S. 2, eigene Übersetzung durch die Autor:innen).

Erhoben wurde dieses Konstrukt mit der deutschen Übersetzung (Ullrich & Cohrs, 2007) der Originalskala von Kay und Jost (2003).

Verschwörungsmentalität Als Verschwörungsmentalität bezeichnet man die Tendenz einer Person, Verschwörungserzählungen zu glauben und zu unterstützen (Imhoff et al., 2022). Erhoben wurde Verschwörungsmentalität mit der Skala von Imhoff et al. (2022).

Literatur

- Aden, H., Fähmann, J. & Bosch, A. (2020). Intransparente polizeikontrollen–rechtliche pflichten und technische möglichkeiten für mehr transparenz. In *Polizeiarbeit zwischen praxishandeln und rechtsordnung* (S. 3–22). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-30727-1_1.
- Armaline, W. T., Vera Sanchez, C. G. & Correia, M. (2014). 'the biggest gang in oakland': re-thinking police legitimacy. *Contemporary justice review*, 17 (3), 375–399. <https://doi.org/10.1080/10282580.2014.944795>.
- Barak, G. (2013). *Media, process, and the social construction of crime: Studies in newsmaking criminology*. Routledge.
- Behr, R. (2020). Policity 'in der Krise? Zur Neujustierung der Rolle der Polizei und von Sicherheit und Ordnung in einer Gesellschaft im Wandel–ein Essay. In C. Hamm, S. Sell & T. Georgios (Hrsg.), *Innere Sicherheit als geteilte Verantwortung. Kommunale und polizeiliche Verantwortung*. (S. 19–36). Nomos.
- Beierlein, C., Asbrock, F., Kauff, M. & Schmidt, P. (2014). Die Kurzskala Autoritarismus (KSA-3): Ein ökonomisches Messinstrument zur Erfassung dreier Subdimensionen autoritärer Einstellungen. Mannheim: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- Bender, R. & Asbrock, F. (2022). Intergruppenkontakt mit Polizei, Justiz und Straftäter:innen. In D. Bolesta, J. L. Führer, R. Bender, A. Bielejewski & F. Asbrock (Hrsg.), *Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen (PaWaKS): Ergebnisse der ersten Erhebungswelle*. Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e.V.
- Bergmann, J. (2019). Polizeiliche transparenzpraktiken und die flexibilität einer norm im organisatorischen alltag. In *Der transparenz-imperativ* (S. 141–169). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-22294-9_6.
- Bolesta, D. (2021). *Contextualizing political ideology: on the impact of measurement, domain, and identity*. Universität Jena. Zugriff auf <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:27-dbt-20211109-105235-005>
- Bolesta, D. & Führer, J. L. (2022). Kriminalitätsfurcht und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung. In D. Bolesta, J. L. Führer, R. Bender, A. Bielejewski & F. Asbrock (Hrsg.), *Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen (PaWaKS): Ergebnisse der ersten Erhebungswelle*. Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e.V.
- Bosch, A. (2020). Die aktuelle debatte um rassismus und rechtsextremismus in der polizei. *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik*, 231/232 (59(3-4)), 167–177.

- Bovan, K., Baketa, N., Kovačić, M. & Biruski, D. C. (2021). Trust us, we know what we are doing: Institutional trust in Croatia during the coronacrisis.
- Bowling, N. A., Huang, J. L., Bragg, C. B., Khazon, S., Liu, M. & Blackmore, C. E. (2016). Who cares and who is careless? insufficient effort responding as a reflection of respondent personality. *Journal of Personality and Social Psychology*, *111* (2), 218–229. <https://doi.org/10.1037/pspp0000085>.
- Bradford, B. (2011). Convergence, not divergence?: Trends and trajectories in public contact and confidence in the police. *The British Journal of Criminology*, *51* (1), 179–200. <https://doi.org/10.1093/bjc/azq078>.
- Carvacho, H., Gerber, M., Manzi, J., González, R., Jiménez-Moya, G., Boege, R., ... Sidanius, J. (2018). *Validation and measurement invariance of the Spanish and German versions of SDO-7*. (Unpublished manuscript, Pontificia Universidad Católica de Chile)
- Castillo, J. C., Miranda, D. & Torres, P. (2011). Authoritarianism, social dominance and trust in public institutions. *Measurement Center MIDE UC, Pontificia*.
- Chanin, J. & Espinosa, S. (2016). Examining the determinants of police department transparency: The view of police executives. *Criminal Justice Policy Review*, *27* (5), 498–519. <https://doi.org/10.1177/0887403415596039>.
- Cohen, J. (1988). *Statistical power analysis for the behavioral sciences*. NJ: Taylor and Francis. <https://doi.org/10.4324/9780203771587>.
- Derin, B. & Singelstein, T. (2022). *Die Polizei: Helfer, Gegner, Staatsgewalt. Inspektion einer mächtigen Organisation*. Econ.
- Dollinger, B. (2018). Populistische kriminalpolitik. *Neuere Entwicklungen des politischen Umgangs mit Jugendkriminalität, ZJJ*, 213–219.
- Dowler, K. (2002). Media influence on citizen attitudes toward police effectiveness. *Policing and society*, *12* (3), 227–238. <https://doi.org/10.1080/10439460290032369>.
- Doyle, A. (2003). *Arresting images: Crime and policing in front of the television camera*. University of Toronto Press.
- Duckitt, J. & Bizumic, B. (2013). Multidimensionality of right-wing authoritarian attitudes: Authoritarianism-conservatism-traditionalism. *Political Psychology*, *34* (6), 841–862. <https://doi.org/10.1111/pops.12022>.
- Duckitt, J. & Sibley, C. G. (2010). Personality, ideology, prejudice, and politics: A dual-process motivational model. *Journal of personality*, *78* (6), 1861–1894. <https://doi.org/10.1111/j.1467-6494.2010.00672.x>.
- Einstein, K. L. & Glick, D. M. (2015). Do i think bls data are bs? the consequences of conspiracy theories. *Political Behavior*, *37* (3), 679–701. <https://doi.org/10.1007/s11109-014-9287-z>.

- Eurobarometer. (2021, April). *Standard-Eurobarometer 94*. Zugriff auf <https://webgate.ec.europa.eu/ebsm/api/public/deliverable/download?doc=true&deliverableId=76406>
- Feldman, S. (2013). Political ideology. In L. Huddy, D. O. Sears & J. S. Levy (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Political Psychology* (2. Aufl., S. 591–626). Oxford University Press.
- Feltes, T. (2021). Polizei und Kommunikation: Vom Umgang mit Problemen in, mit und durch die Polizei. In T. Feltes & H. Plank (Hrsg.), *Rassismus, Rechtsextremismus, Polizeigewalt. Beiträge für und über eine rechtschaffen(d)e, demokratische Bürgerpolizei* (S. 19–36). Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Frank, C. (2014). Vertrauen in die Justiz: Voraussetzungen–Gefährdungen. In H.-D. Assmann, F. Baasner & J. Wertheimer (Hrsg.), *Vertrauen* (S. 43–56).
- Gau, J. M. & Brunson, R. K. (2010). Procedural justice and order maintenance policing: A study of inner-city young men’s perceptions of police legitimacy. *Justice quarterly*, 27 (2), 255–279. <https://doi.org/10.1080/07418820902763889>.
- Hartmann, M. (2020). *Vertrauen – die unsichtbare Macht*. S. Fischer Verlag.
- Hermanutz, M. & Weigle, L. (2017). Das image der polizei, die dienstleistungsqualität und die zufriedenheit der bevölkerung–zusammenhänge und möglichkeiten zur verbesserung. In *Handbuch polizeimanagement: Polizeipolitik – polizeiwissenschaft - polizeipraxis* (S. 945–962). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-08926-9_1.
- Ho, A. K., Sidanius, J., Kteily, N., Sheehy-Skeffington, J., Pratto, F., Henkel, K. E., ... Stewart, A. L. (2015). The nature of social dominance orientation: Theorizing and measuring preferences for intergroup inequality using the new sdo7 scale. *Journal of personality and social psychology*, 109 (6), 1003–1028. <https://doi.org/10.1037/pspi0000033>.
- Imhoff, R., Zimmer, F., Klein, O., António, J. H., Babinska, M., Bangerter, A., ... others (2022). Conspiracy mentality and political orientation across 26 countries. *Nature human behaviour*, 6 (3), 392–403. <https://doi.org/10.1038/s41562-021-01258-7>.
- Innes, C. A. (1993). Recent public opinion in the united states toward punishment and corrections. *The Prison Journal*, 73 (2), 220–236. <https://doi.org/10.1177/0032855593073002006>.
- Jolley, D., Mari, S. & Douglas, K. M. (2020). *Consequences of conspiracy theories*. Routledge.
- Jost, J. T. & Banaji, M. R. (1994). The role of stereotyping in system-justification and the production of false consciousness. *British journal of social psychology*, 33 (1), 1–27. <https://doi.org/10.1111/j.2044-8309.1994.tb01008.x>.

- Jost, J. T., Federico, C. M. & Napier, J. L. (2009). Political ideology: Its structure, functions, and elective affinities. *Annual Review of Psychology*, *60*, 307–337. <https://doi.org/10.1146/annurev.psych.60.110707.163600>.
- Jost, J. T. & van der Toorn, J. (2012). System justification theory. In E. T. Higgins, A. W. Kruglanski & P. A. Van Lange (Hrsg.), *Handbook of theories of social psychology* (Bd. 2, S. 313–343).
- Kääriäinen, J. T. (2007). Trust in the police in 16 european countries: A multilevel analysis. *European journal of criminology*, *4* (4), 409–435. <https://doi.org/10.1177/1477370807080720>.
- Kay, A. C. & Jost, J. T. (2003). Complementary justice: effects of “poor but happy” and “poor but honest” stereotype exemplars on system justification and implicit activation of the justice motive. *Journal of personality and social psychology*, *85* (5), 823. <https://doi.org/10.1037/0022-3514.85.5.823>.
- Knight, K. (2006). Transformations of the concept of ideology in the twentieth century. *American Political Science Review*, 619–626.
- Kung, F. Y., Kwok, N. & Brown, D. J. (2018). Are attention check questions a threat to scale validity? *Applied Psychology*, *67* (2), 264–283. <https://doi.org/10.1111/apps.12108>.
- Leitgöb-Guzy, N. (2021). *Vertrauen in und Erfahrungen mit Polizei und Justiz unter Personen mit Migrationshintergrund*. Bundeskriminalamt.
- Lippmann, W. (2018). *Die öffentliche meinung: Wie sie entsteht und manipuliert wird*. Westend Verlag GmbH.
- Lowrey-Kinberg, B., Mellinger, H. & Kearns, E. M. (2020). How social dominance orientation shapes perceptions of police. *Policing: An International Journal*. <https://doi.org/10.1108/PIJPSM-02-2020-0022>.
- Luhmann, N. (2022). *Vertrauen: Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. Lucius & Lucius.
- MacDonald, J. & Stokes, R. J. (2006). Race, social capital, and trust in the police. *Urban Affairs Review*, *41* (3), 358–375. <https://doi.org/10.1177/1078087405281707>.
- Mari, S., Gil de Zúñiga, H., Suerdem, A., Hanke, K., Brown, G., Vilar, R., ... Bilewicz, M. (2022). Conspiracy theories and institutional trust: examining the role of uncertainty avoidance and active social media use. *Political Psychology*, *43* (2), 277–296. <https://doi.org/10.1111/pops.12754>.
- Meade, A. W. & Craig, S. B. (2012). Identifying careless responses in survey data. *Psychological Methods*, *17* (3), 437–455. <https://doi.org/10.1037/a0028085>.
- Miller, J. & Davis, R. C. (2008). Unpacking public attitudes to the police: Contrasting perceptions of misconduct with traditional measures of satisfaction. *International Journal of Police Science & Management*, *10* (1), 9–22. <https://doi.org/10.1350/ijps.2008.10.1.9>.

- Nägel, C. & Nivette, A. (2022). Protest policing and public perceptions of police. evidence from a natural experiment in germany. *Policing and Society*, 1–17. <https://doi.org/10.1080/10439463.2022.2064857>.
- Oppenheimer, D. M., Meyvis, T. & Davidenko, N. (2009). Instructional manipulation checks: Detecting satisficing to increase statistical power. *Journal of Experimental Social Psychology*, 45 (4), 867–872. <https://doi.org/10.1016/j.jesp.2009.03.009>.
- Piurko, Y., Schwartz, S. H. & Davidov, E. (2011). Basic personal values and the meaning of left-right political orientations in 20 countries. *Political Psychology*, 32 (4), 537–561. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9221.2011.00828.x>.
- Pratto, F., Sidanius, J., Stallworth, L. M. & Malle, B. F. (1994). Social dominance orientation: A personality variable predicting social and political attitudes. *Journal of Personality and Social Psychology*, 67 (4), 741–763. <https://doi.org/10.1037/0022-3514.67.4.741>.
- Reuband, K.-H. (1998). Kriminalität in den medien: Erscheinungsformen, nutzungsstruktur und auswirkungen auf die kriminalitätsfurcht. *Soziale Probleme*, 9 (2), 125–153.
- Reuband, K.-H. (2009). Kriminalitätsfurcht. In H.-J. Lange, H. P. Ohly & J. Reichertz (Hrsg.), *Auf der Suche nach neuer Sicherheit* (2. Aufl., S. 233–251). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91837-2_14.
- Reuband, K.-H. (2012). Vertrauen in die polizei und staatliche institutionen: Konstanz und wandel in den einstellungen der bevölkerung 1984-2011. *Soziale Probleme*, 23 (1), 5–39.
- Sato, M., Haverkamp, R. & Mike, H. (2016). Trust in the german police. *European Police Science and Research Bulletin*, 83–90. Zugriff auf <https://centaur.reading.ac.uk/65552/>
- Sidanius, J. & Pratto, F. (1999). *Social dominance: An intergroup theory of social hierarchy and oppression*. Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9781139175043>.
- Sparks, R. (1992). *Television and the drama of crime: Moral tales and the place of crime in public life*. Open University Press.
- Sparrow, M. K. (2016). *Handcuffed: What holds policing back, and the keys to reform*. Brookings Institution Press.
- Statistisches Bundesamt. (2020). *Bildungsfinanzbericht 2020 - Anhang A2*. Zugriff auf https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Publikationen/Downloads-Bildungsfinanzen/bildungsfinanzbericht-1023206207004.pdf?__blob=publicationFile
- Staubli, S. (2017). *Trusting the police: comparisons across eastern and western europe*. transcript Verlag.

- Tan, X., Liu, L., Huang, Z., Zheng, W. & Liang, Y. (2016). The effects of general system justification on corruption perception and intent. *Frontiers in Psychology*, 7, 1107. <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2016.01107>.
- Ullrich, J. & Cohrs, J. C. (2007). Terrorism salience increases system justification: Experimental evidence. *Social Justice Research*, 20 (2), 117–139. <https://doi.org/10.1007/s11211-007-0035-y>.
- Ward, M. K. & Pond III, S. B. (2015). Using virtual presence and survey instructions to minimize careless responding on internet-based surveys. *Computers in Human Behavior*, 48 (7), 554–568. <https://doi.org/10.1016/j.chb.2015.01.070>.
- Weisburd, D., Telep, C. W., Vovak, H., Zastrow, T., Braga, A. A. & Turchan, B. (2022). Reforming the police through procedural justice training: A multicity randomized trial at crime hot spots. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 119 (14). <https://doi.org/10.1073/pnas.211878011>.
- Zaller, J. R. (1992). *The nature and origins of mass opinion*. Cambridge University Press.
- Zmerli, S. (2022). Institutions, political attitudes or personal values? a multilevel investigation into the origins of police legitimacy in europe. *Policing and Society*, 32 (3), 341–377. <https://doi.org/10.1080/10439463.2022.2037558>.

Impressum

Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e.V.
Karl-Liebknecht-Str. 29
09111 Chemnitz

Tel.: 0371 335638 - 31

E-Mail: info@zkfs.de

Web: www.zkfs.de

Redaktion

Frank Asbrock, Rowenia Bender, Aaron Bielejewski, Deliah Bolesta, Stefanie Brunkow, Isabelle Einhorn, Jennifer Führer und Annalena Oehme

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

© 2022 Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e.V.

Alle Bildrechte liegen beim ZKFS.

